langer, sowie über die städtischen Arbeiter und Angestellten bringen. 800 Millionen sollen auf Kosten der Aermsten und der Gemeindearbeiter eingespart werden. Selbst die kapitalistische „Vossische Zeitung" vom 14. August charakterisiert das Abbauprogramm folgendermaßen:

„Die Maßnahmen, zu denen sich die Städte jetzt entschlossen haben, sind von einer Drastik, wie sie nur die äußerste Not erzwingen kann. Einschränkung des Schulwesens, dessen Ausbau in den früheren Jahren zu den fruchtbarsten und stolzen Aufgaben der Gemeinden gehörte, Abbau der Kulturausgaben, weitere Drosselung des Straßen- und Häuserbaues mit ihren verhängnisvollen Rückwirkungen auf die Arbeitslosigkeit, Streichung der Fürsorgeleistung bis auf die Minimalsätze der Wohlfahrtsunterstützten, Einschränkungen des Gesundheitswesens, Anstellungs- und Beförderungssperre, das ist der Extrakt aus einer Liste der Verelendung, die nicht nur für die unmittelbar Betroffenen, sondern mittelbar für die gesamte Wirtschaft — die Kommunen gehören ja zu den größten Auftraggebern — sehr schmerzhafte Folgen haben muß."

Dabei hat die Vossische Zeitung einen der Hauptpunkte, den Lohn- und Gehaltsabbau noch garnicht erwähnt. Das alles sind die Erfolge, die die SPD-Führer vor dem 9. August versprochen haben. Die Brüning-Regierung, sowie der Reichsrat beraten zur Zeit dieses Programm und nach allem, was aus den Verhandlungen bekannt wird, sind die schärfsten Maßnahmen in Aussicht genommen. Verantwortlich dafür sind alle, die die Brüning-Regierung unterstützt haben, in erster Linie die SPD-Führer. Die SPD-Führer wissen ganz genau, was sie getan haben und sie zittern deshalb vor der Abrechnung der Massen. Deshalb versucht der Vorwärts vom 14. August, wieder die Verantwortung der SPD abzuleugnen, indem er schreibt:

„Das Reich hat die Kommunen geopfert. Dieser schwere Vorwurf kann der Regierung Brüning nicht erspart werden. Ja, die Kommunen wurden sogar planmäßig geopfert. Nach einem ganz bewußten Plan hat das Reich die Last der Erwerbslosenfürsorge Schritt für Schritt von seinen eigenen Schultern entfernt und den Schultern der finanzschwachen Kommunen aufgebürdet. Die Etappen dieses Weges sind bekannt, das Ziel ist erreicht: Die Arbeitslosenversicherung ist völlig vom Reich abgehängt, aber ausschließlich auf Kosten der Kommunen, deren Erwerbslosenlasten von 370 Millionen im Jahre 1929 auf 1040 Millionen im laufenden Jahr angeschwollen sind."

Damit, daß die SPD-Führer mit dem Finger auf die Brüningregierung weisen, werden sie niemand darüber täuschen können, daß sie selbst voll und ganz für die Notverordnungspolitik verantwortlich sind. **Die SPD-Führer haben bisher jede Maßnahme der Brüningregierung unterstützt, sie haben die Aufhebung der Notverordnungen verhindert, und sie waren es, die gegen die außerparlamentarische Gegenwehr der breiten Massen die brutalsten Maßnahmen verlangten und durchführten.**

Allein die Kommunistische Partei hat die Massen gegen die Notverordnungspolitik mobilisiert und ihnen gezeigt, was geplant wurde. Heute ist es notwendig, daß alle, die von den neuen Maßnahmen bedroht werden, unter Führung der Kommunistischen Partei die Massenbewegung gegen die Verelendung verstärken.

Dresdner Arbeiter und Künstler protestieren

Arbeiter und Arbeiterinnen von Hartwig u. Vogel Dresden wenden sich in einer flammenden Protestresolution gegen die Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses. Sie gelobten, unter Führung der Kommunistischen Partei den Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit zu verschärfen. Sie fordern alle Werktätigen auf, die revolutionären Organisationen und die kommunistische Presse zu stärken.

Die Ortsgruppe Dresden der Assoziation rev. bildender Künstler sendet uns die Abschrift einer Resolution an das Berliner Polizeipräsidium, in der die Besetzung des Karl-Liebknechthauses verurteilt und gegen die Knebelung der Freiheit der Kritik und der öffentlichen Meinung unter Hinweis auf die Verfassung protestiert wird. Die Dresdner Künstler fordern **die sofortige Aufhebung der Besetzung des Parteihauses der KPD**

Zusammenbruch der Bülowplatz-Hetze

Das Polizeipräsidium muß Schwindelmeldungen der bürgerlichen Presse fallen lassen

Weder „Russen" noch „Tscheka-Agenten" verhaftet

Als die bürgerliche Presse in Dresden die Meldung über die Polizeirazzia im Volkswohlheim brachte, verstehte sie nicht, ein Märchen von mehreren verhafteten Russen zu erzählen. Heute muß der Dresdner Anzeiger betrübt melden, daß alle Meldungen über angebliche Russenverhaftungen den Tatsachen nicht entsprechen. Die Dresdner Presse hat mit ihren verlogenen Berichten jedoch nur den Versuch gemacht, in die Fußtapfen ihrer „vornehmen" Berliner Kollegen zu treten, denen das die Berliner Asphaltpresse an Anhäufung von bewußten Schwindelmeldungen über „verhaftete Russen und Tscheka-Agenten" im Zusammenhang mit den Vorgängen am Bülowplatz sich geleistet hat, das übertrifft fast alles bisher dagewesene. Die berufsmäßigen Lügner haben jedoch arges Pech und ihre Lügen noch kürzere Beine als gewöhnlich. Drei Zitate nebeneinandergestellt zeigen den vollkommenen Zusammenbruch der antikommunistischen Sensationshetze, die bezeichnenderweise durch den Vorwärts eingeleitet worden war. Wir zitieren:

Lokalanzeiger Donnerstag früh:

„Dagegen ist der Abteilung IA eine andere Festnahme geglückt. Es handelt sich um einen Kommunisten, der einer Organisation angehört, die wahrscheinlich unter dem Kommando der deutschen Abteilung der russischen GPU steht! Dieser Mann gehört einer Staffel der Tscheka an, die ihr Aufgabengebiet in Südosteuropa hatte. Im Interesse der weiteren Untersuchung kann jedoch über die Festnahme und ihre etwaigen Folgen für die weiteren Nachforschungen noch nichts Näheres gesagt werden."

Nachtausgabe vom Donnerstag:

„Die Arbeit der politischen Polizei zur Aufklärung der Morde am Bülowplatz hat zu einem großen Erfolg geführt. Unter den bisher Festgenommenen befand sich auch ein Mann, der nach längeren Vernehmungen, bei denen er zuerst hartnäckig leugnete, schließlich einige Angaben machte, denen die Polizei weiter nachgehen konnte. Sie hat heute vormittag zur Verhaftung des Mannes geführt, der die Kommunistenüberfälle auf die Polizei in der letzten Zeit in Berlin organisiert hat. Es handelt sich um einen Ausländer, der wahrscheinlich Russe ist.

Dieser Mann gehört der Geheimorganisation an, die derartige Anschläge in ganz Deutschland vorbereiten und ausführen läßt. Er wurde heute Vormittag in einer Laubenkolonie im Norden Berlins von Kriminalbeamten der Abteilung IA ausgespürt und festgenommen. Bei seiner Vernehmung hüllte er sich zunächst in Schweigen und leugnete alles.

Diese außerordentlich wichtige Festnahme dürfte schon sehr bald zur völligen Aufklärung der kommunistischen Blutjahre am Bülowplatz und auch anderer politischer Morde der letzten Zeit führen."

Am Freitagmorgen jedoch muß das Polizeiorgan „Tempo" melden:

„Die Nachricht, daß der „Organisator" der terroristischen Verbrechen in Berlin, angeblich ein Russe, ermittelt und verhaftet worden sei, wird vom Polizeipräsidium als falsch bezeichnet. Es ist keine derartige Verhaftung, und überhaupt keine Verhaftung eines Tscheka- oder GPU-Mannes erfolgt."

Kommentar überflüssig! Aber eins ist nicht überflüssig: die Enthüllung der Rolle der bürgerlichen Presse und die Verstärkung des Kampfes für die Kommunistische Partei und ihre Organe! Die beste Antwort auf die Mord- und Lügenhetze ist

Einreihung in die KPD — Werbung neuer Leser für die Arbeiterstimme und Volksecho!

Kommunisten im siegreichen Vormarsch

3300 Neuaufnahmen in Hessen-Frankfurt / Ueberfüllte Kundgebungen in Dresden

Frankfurt, 14. Aug. (Eig. Drahtbericht.)

Vom 1. Mai bis 30. Juli 1931 sind in unserem Bezirk, in Hessen-Frankfurt, 3300 Arbeiter und Arbeiterinnen in die Partei als neue Mitglieder aufgenommen worden. Unter diesen sind einige hundert sozialdemokratische Arbeiter.

Diese Aufwärtsentwicklung hält weiter an. Die ersten drei Tage nach dem Volksentscheid sind Rekordtage in der Aufnahme neuer Mitglieder. Vom Montag den 10. bis Mittwoch den 12. August wurden 322 neue Mitglieder aufgenommen und 4 neue Ortsgruppen der Partei gebildet.

Magdeburg, 14. Aug. (Eig. Bericht.)

Während der Dauer des Verbots unserer Tageszeitung, der Tribüne, wurden 839 Neuaufnahmen für die Kommunistische Partei gemacht, was auf einen Verbotstag der Zeitung die abgerundete Durchschnittsziffer von 35 ergibt.

*

„Die Mitglieder der KPD laufen scharenweise davon", so schreibt die SPD-Presse. Gleichzeitig klingt aber ihr Ruf „Wo bleibt der zweite Mann", für die SPD natürlich, immer verzweifelter.

Nicht nur der zweite, sondern auch der dritte und vierte Mann verläßt die Partei des Arbeiterverrats und kommt in die rote Klassenfront, die Kommunistische Partei.

Wir steigen trotz Haß und Verbot!

Genossen, Arbeiter! Angesichts der Verbots- und Mordhetze gegen unsere Partei jetzt mit verdoppelter Kraft, organisiert Masseneintritte der Arbeiter in die Partei! Jeder neu gewonnene Kämpfer ist ein Schlag gegen die Reaktion. Je dichter unsere Front, desto sicherer der Sieg!

*

Genosse Hensel rechnet mit Mutschmann & Co. ab

Die gestern stattgefundenen Versammlungen im Gasthof Wölfnitz und in Wetzles Etablissement, in denen der von der RSDAP zur KPD übergetretene ehemalige Betriebszellenleiter Hensel sprach, waren beide überfüllt. Oft von stürmischem Beifall unterbrochen, schilderte Gen. Hensel, warum er übergetreten sei. Er widerlegte die Lügenhetze des „Freiheitskampfes" gegen seine Person und zeigte die Korruption, die in Führerklüngel der RSDAP herrscht.

In der Diskussion im Gasthof Wölfnitz sprachen einige von der Nazisführung geschickte Redner, die versuchten, durch frechfige persönliche Angriffe den Eindruck der Ausführungen des Genossen Hensel abzuschwächen. Im Schlußwort rechnete aber Genosse Hensel unter dem Beifall der Versammlung mit den Diskussionsrednern ab, und richtete an die Versammelten den Appell zum Eintritt in die Kommunistische Partei.

In beiden Versammlungen hatte das Polizeipräsidium außerordentlich starke Polizeikräfte konzentriert. Als in Wölfnitz Genosse Breitenborn als 2. Redner die Rolle der Prinzen und Offiziere in der NSDAP geißelte, sprang Herr Einert auf und erklärte, er dulde nicht, daß die alten Offiziere verhöhnt werden.

Die Versammlungen, in denen eine Reihe von Aufnahmen erfolgten, waren ein Bekenntnis der Dresdner Werktätigen zur roten Front. Ausführlicher Bericht folgt im lokalen Teil der Montagnummer.

Internationale Solidarität für die KPD

Reichenberg, den 14. August.

In Schwaderbach, unweit der sächsischen Grenze, fand ein wuchtiger Aufmarsch der Arbeiterschaft des Graßlitzer Bezirks statt, an dem sich über 1800 Personen beteiligten. Besonders Aufsehen erregten zwei Abteilungen uniformierter Mitglieder der deutschen proletarischen Wehrverbände. Dieser Aufmarsch vollzog sich im Zeichen der Solidarität der tschechischen Arbeiter mit ihren Klassengenossen jenseits der Grenze.

Das Zentralkomitee der KPTsch. protestierte in einem Telegramm gegen die Polizeimaßnahmen des 9. August und besonders gegen die Drohung mit dem Verbot der KPD. In diesem Telegramm spricht unsere tschechische Bruderpartei ihre Ueberzeugung aus, daß die deutsche Arbeiterklasse es verstehen wird, die Legalität ihrer Avantgarde, der KPD., zu schützen, um sie aus dem heutigen Elend retten und zum Siege führen wird. Im Kampf um ein menschenwürdiges Dasein können die revolutionären Arbeiter Deutschlands auf die aktive und praktische Solidarität des tschechoslowakischen Proletariats rechnen.

„Kein Recht auf Vorzensur"! Die bürgerliche Presse teilt mit, daß nach einer Aeußerung des Reichsinnenministers die Notverordnung keine Bestimmungen enthalte, wonach eine Vorzensur geübt werden dürfte. Wie steht es dann aber mit dem Verbot der Roten Fahne? Bei der Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses nahm, wie berichtet wird, die Polizei Einsicht in die sich im Druck befindliche Ausgabe der Roten Fahne und verbot sie auf Grund von Artikeln, die noch garnicht in der Oeffentlichkeit verbreitet waren. Ist das etwas anderes als Vorzensur? Natürlich nicht! Aber es handelt sich eben um ein kommunistisches Blatt.

SPD gibt der Bourgeoisie das Stichwort

Zentrum und Sozialfaschisten hetzen zum weißen Terror! SPD-Arbeiter, Augen auf!

Die heutige Ausgabe des Zentrumsblattes „Der Deutsche" bringt einen Leitartikel „Die kommunistische Gefahr", der den faschistischen Charakter der Partei Brünings unverhüllt zeigt. Offen wird für die Stahlhelmer und Nazis Stellung genommen. Die Klassenurteile gegen Kommunisten ausdrücklich wegen ihrer Schärfe gebilligt und dann in schamloser Weise gegen die Führung der KPD gehetzt. Sie wagen dabei, von einer „heimlichen Führung" zu reden, die den „überlegten Mord organisiere". Das Sudelblatt schreibt:

„Die Treiber sind nicht die Abgeordneten und die bekannteren Führer, die in der Oeffentlichkeit stehen. Es ist eine Führung, die sich im Dunkeln hält, aber die eigentliche Macht in der Parteizentrale ausübt. Es sind Typen wie Heinz Neumann, der im Auftrage der Organisation in China tätig war, und auf dessen Konto man das Blutbad von Kanton setzt. Er ist von Moskau nach Berlin geschickt worden, und die Spur seiner Tätigkeit ist auch hier Blut."

Obgleich die Zeitungsschreiber Brünings ganz genau wissen, daß Gen. **Heinz Neumann** nicht nur als Reichstagsabgeordneter, sondern auch als Mitglied des Zentralkomitees neben den Genossen Thälmann und Remmele seit Jahr und Tag als Vertreter der Kommunistischen Partei in der Oeffentlichkeit steht, wird mit solchen primitiven, aber für gewisse Kreise stets wieder wirksamen Mitteln, eine bewußte Terrorstimmung geschaffen, die die Grundlage für die brutalsten Gewaltakte gegen Kommunisten herstellen soll.

Wo aber bezieht das faschistische Zentrumsblatt seine Sudelei?

Von keinem anderen als von Herrn **Kuttner, Landtagsabgeordneter und Pressedienstleiter der SPD.** In einem Artikel, der die Runde in den Welpblättern des ganzen Reiches macht, befindet sich folgender Absatz:

„Dort (im Zentralkomitee der KPD. Die Red.) treiben gewissenlose Burschen wie jener Heinz Neumann, der als politischer Provokateur das Blutbad von Kanton mit herbeigeführt hat . . ."

Und Herr Kuttner erklärte in einer SPD-Versammlung in Berlin in Zusammenhang damit, daß „den intellektuellen Urhebern des Straßenterrors und des Meuchelmordes das Handwerk gelegt werden müsse."

Nichts anderes als Ermunterung der faschistischen Banden ist dieser gemeinsame Appell des Zentrums und der Sozialfaschisten.

Herr Kuttner hat ja Praxis in solchen Dingen. Er selbst schoß als Organisator des berüchtigten „Regiments Reichstag" einen revolutionären Arbeiter nieder. Er gehört auch zu der Clique, die 1919 im „Vorwärts" **das Stichwort für die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs** gab.

Sozialdemokratische Arbeiter! Betrachtet ihr solche Handlanger des weißen Terrors, des Faschismus, als Führer im Kampfe um die Rechte der Arbeiterklasse? Wir glauben das nicht! Deshalb fordern wir euch auf, appellieren wir an euch: Helft mit an der Schaffung der Grundlage für die kämpfende rote Einheitsfront durch gemeinsame Diskussionsabende mit den kommunistischen Klassengenossen! Lest die kommunistische Presse!

Die Massenverhaftungen im Wurm-Revier

Durch die gesamte kapitalistische Presse Deutschlands ging am 12. August die Sensationsmeldung, daß im Wurm-Revier 50 Kommunisten verhaftet worden seien und riesige Waffen- und Sprengstoffunde gemacht seien. Es wurde sofort konstruiert, daß der Sprengstoff, der beim Güterboggen Eisenbahn-Attentat Verwendung fand, aus dem Wurm-Revier stammt.

Tatsächlich hat die Polizei in den Orten des Wurm-Reviers Massenverhaftungen von Arbeitern vorgenommen, sie holte 50 Proleten aus den Betten und brachte sie in das Gerichtsgefängnis in Eschweiler. Die Wohnungen wurden durchwühlt. Aber schon mußte die Hälfte der Verhafteten wieder freigelassen werden, und auch gegen die restlichen 25 liegt nicht das Geringste vor. Was die Riesenwaffenfunde anbelangt, so muß jetzt die Aachener bürgerliche Presse folgendes melden:

„Man hat nur ein paar alte Seitengewehre, das Schloß eines Infanteriegewehres und ähnliche Dinge gefunden."

Die Massenverhaftungen im Wurm-Revier stellen sich also als reine Willkürmaßnahme dar, die zur verstärkten Kommunistenhetze ausgenutzt wurde.

*

Die Dresdner Polizei führte vorgestern eine Haussuchung bei einer großen Anzahl Mitglieder der KPD in Striesen durch. Die Aktion war ein Schlag ins Wasser, denn gefunden wurde nichts.

Verantwortlich für Lokales: Otto Bäbel, Dresden; für Politik mit Wirtschaft, der Auslandsteil, Vereine, Gewerkschaft, Sport, Noske und Widerhaken: Heinz Neumann, Dresden; für Ausland: Karl Preusker, Berlin; für Anzeigen und Reklamen: Otto Wilke, Berlin; für Inserate: Wilhelm Sarnetzki, Dresden; für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden.